

Kleine Anfrage

Abg. Aller, Arens, Frau Lemmermann (SPD)

Hannover, den 1. 11. 1982

Betr.: Freigabe von Haschisch und Marihuana in Enschede/Niederlande

Als erste Gemeinde in den Niederlanden hat die Stadt Enschede den Verkauf von Haschisch und Marihuana unter kontrollierten Bedingungen gestattet. Der Verkauf findet in Verantwortung und unter Kontrolle eines eigens gegründeten Vereins in dem Jugendzentrum „De Kokerjuffer“ statt.

Der Rat der Stadt Enschede begründet und verteidigt seinen Beschluß gegen Kritik u. a. damit, das Drogenproblem der kriminellen Szene entziehen zu wollen, gesundheitliche Schäden als Folge des Drogenkonsums zu verhindern und den Handel mit Rauschgift sowie den Verbrauch unter Kontrolle zu bekommen.

Es zeichnet sich ab, daß weitere holländische Städte dem Beispiel Enschedes trotz erheblicher Zweifel am Gelingen des Experiments und massiver Kritik aus der Bundesrepublik folgen werden. Der Niedersächsische Sozialminister hat auf die Vorgänge in den Niederlanden reagiert und die Bundesregierung schriftlich aufgefordert, „alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, um dieser im völligen Widerspruch zur Auffassung des Bundes und der Länder stehende Maßnahme entgegenzuwirken“.

Eine Pressemeldung vom 21. 10. 1982 umreißt global die Position des zuständigen Landesministers. So wird den niedersächsischen Grenzgemeinden u. a. „die volle Unterstützung der Landesregierung bei der Abwehr möglicher Gefährdungen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten“ zugesichert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Erkenntnisse und Erfahrungen liegen der Landesregierung über die bisherige rechts- und sozialpolitische Behandlung der Drogenproblematik in den Niederlanden vor?
2. Wie hat sich die niederländische Situation bisher auf den deutsch-niederländischen Grenzbereich, Niedersachsen und die Bundesrepublik ausgewirkt?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Beschluß der Stadt Enschede unter Berücksichtigung und in Kenntnis der vom Rat verfolgten Ziele und Methoden in der Behandlung des Drogenproblems?
4. In welcher Weise kann der Beschluß des Rates der Stadt Enschede die Diskussion um Strategien zur Drogenbekämpfung in Niedersachsen, der Bundesrepublik Deutschland und international beeinflussen?

5. Welche konkreten Auswirkungen befürchtet die Landesregierung auf die Drogenszene und deren Umfeld speziell im deutsch-niederländischen Grenzbereich?
6. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung nach Bekanntwerden des Beschlusses von Enschede unternommen, um unabhängig vom Vorgehen der Bundesregierung eigene Initiativen zu ergreifen?
7. Welche Schritte wird die Landesregierung unternehmen, um eventuelle, ungewollte Rückwirkungen auf Bewohner des deutsch-niederländischen Grenzgebietes zu verhindern?
8. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Einhaltung der bisher gültigen internationalen Abkommen, Regelungen und Absprachen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs zu gewährleisten?

Aller
Arens
Lemmermann